

Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit - Anliegen aller Bürger

WERNER KIRCHHOFF, Vizepräsident des Nationalrates der Nationalen Front der DDR

Die jüngste Tagung des Nationalrates der Nationalen Front hat mit dem Blick auf den 30. Jahrestag der Gründung der DDR die weitere politische, volkswirtschaftliche und kulturelle Aufgabenstellung für die sozialistische Volksbewegung beraten und beschlossen. Im Mittelpunkt aller Aktivitäten steht der erneut bekräftigte Wille aller Partner des bewährten Bündnisses, mit erhöhten Anstrengungen für die Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED einzutreten, um unseren sozialistischen Friedensstaat weiter zu stärken und das Leben reicher und schöner zu machen.

Alle Initiativen der Bürger und ihrer Kollektive zur Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen und zur Verschönerung unserer sozialistischen Heimat verdienen die größtmögliche Förderung und Unterstützung durch alle staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen. Die weitere Ausgestaltung der Wohngebiete als Stätten des Sich-Wohlfühlens, der Begegnungen und der Geborgenheit für alle Bürger schließt die Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit, die Erhaltung und Pflege der gemeinsam geschaffenen Werte ein. Die Fortschritte auf diesem Gebiet demonstrieren das tiefere Verständnis und die wachsende Bereitschaft der Bürger, aus Verantwortungsbewußtsein für das Ganze selbst aktiv dabei mitzuwirken.

Durch den Ministerrat der DDR und den Nationalrat der Nationalen Front wurden kürzlich 100 Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände für hervorragende Leistungen im „Mach mit“-Wettbewerb 1977 ausgezeichnet. Ein wesentliches Kriterium für diese hohe Ehrung war die Tatsache, daß in diesen Orten auf Straßen und Plätzen eine vorbildliche Ordnung und Sauberkeit herrscht und die gesellschaftlichen Bestrebungen zur Wahrung der sozialistischen Gesetzlichkeit einen hohen Rang einnehmen.

Eingedenk der großen Bedeutung dieser Seite unseres Alltags für ein gutes politisches Klima im Wohngebiet wird die Nationale Front ihre diesbezüglichen Anstrengungen kontinuierlich und konsequent fortsetzen. Folgerichtig heißt es daher in der Grundorientierung für die Führung des sozialistischen Wettbewerbs „Schöner unsere Städte und Gemeinden — Mach mit!“ bis zum 30. Jahrestag der DDR:

„Die Verschönerung der Wohnumwelt, die Herstellung und Gewährleistung von Ordnung und Sauberkeit, die Erhaltung und Pflege des Geschaffenen sind eng mit der weiteren Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit zu verbinden.“

Rechtspropaganda — Teil der politisch-ideologischen Arbeit der Nationalen Front

Der eigenständige Beitrag der Nationalen Front ist im Beschluß des Sekretariats des Nationalrates vom 14. November 1974 über „Die Mitwirkung der Ausschüsse der Nationalen Front bei der Erläuterung des sozialistischen Rechts sowie zur weiteren Entwicklung des Staats- und Rechtsbewußtseins der Bürger“ verbindlich festgelegt. Der Beschluß orientiert die Ausschüsse darauf mitzuhelfen,

- die sozialistische Moral und Lebensweise im Denken und Handeln und in den Beziehungen zwischen den Bürgern weiter auszuprägen;
- die Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten zu fördern, immer mehr Bürger in die staatliche und gesellschaftliche Leitungstätigkeit einzubeziehen

und ihre schöpferischen Fähigkeiten, Ideen, Vorschläge und Kritiken in den Leitungsentscheidungen zu berücksichtigen;

- das sozialistische Eigentümerbewußtsein zu entwickeln mit dem Ziel, das Volksvermögen wirksam zu schützen und zu mehren, örtliche Reserven zu erschließen, vorhandene Mittel und Materialien rationell einzusetzen sowie geschaffene Werte sinnvoll zu nutzen und zu pflegen.

Mit der Rede des Genossen Erich Honecker zur Eröffnung des Parteijahrs der SED am 26. September 1977 in Dresden über „Die sozialistische Revolution in der DDR und ihre Perspektiven“ erhielt die gesamte politisch-ideologische Arbeit — und damit auch die rechtspropagandistische und agitatorische Tätigkeit der Nationalen Front — neue, fördernde Impulse. Der Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 18. Mai 1977 „Die weiteren Aufgaben der politischen Massenarbeit“ hat neue Maßstäbe gesetzt. Deshalb dürfen wir bei Anerkennung der beachtlichen Fortschritte noch vorhandene Schwächen nicht übersehen. Es geht dabei vor allem um eine noch größere Breitenwirkung der politischen Massenarbeit.

Der Erreichung höherer Ziele, einer besseren Qualität und Effektivität der propagandistischen Arbeit im Wohngebiet diente ein vor kurzem vom Sekretariat des Nationalrates der Nationalen Front und vom Präsidium der URANIA durchgeführter Erfahrungsaustausch. Die Erfahrungen zeigen, daß die populärwissenschaftlichen Vorträge zu Themen des Staates und des Rechts eine steigende Tendenz aufweisen. Das wachsende Bedürfnis auf diesem Gebiet sollte durch gute Zusammenarbeit der Ausschüsse der Nationalen Front mit allen Beteiligten anspruchsvoll befriedigt werden. Und dazu wiederum ist das aktive Mitwirken der Vertreter der Rechtspflegeorgane unerlässlich.

Die Erfahrungen während der Vorbereitung des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, aber auch anderer politischer Höhepunkte unterstreichen nachdrücklich, daß sich Vorträge, Aussprachen und Zusammenkünfte im kleinen Kreis immer wieder bewähren. Das trifft auch für die Rechtspropaganda und Rechtersziehung in den Wohngebieten zu. Auf die Bürger stürmt täglich eine Fülle von Informationen durch Presse, Rundfunk und Fernsehen ein. In sinnvoller und unerlässlicher Ergänzung dazu bieten Vorträge, Aussprachen in Wohngebieten und Hausgemeinschaften die Möglichkeit zum Meinungsaustausch, zum Streitgespräch und zum vertrauensvollen politischen Dialog. Dabei werden Argumente geprüft, Erkenntnisse gewonnen, Standpunkte gefestigt und Haltungen stimuliert.

Die politische Massenarbeit zur Erläuterung und Popularisierung des sozialistischen Rechts ist hervorragend geeignet, die klassenmäßige Auseinandersetzung mit dem aggressiven Charakter und dem gegen die Interessen der Arbeiterklasse und aller friedliebenden demokratischen Kräfte gerichteten Recht der imperialistischen Staaten zu führen. In anschaulicher Weise wird am gesellschaftlichen Alltag des Sozialismus nachgewiesen, daß nur der sozialistische Staat in der Lage ist, die Entwicklungsprobleme unserer Zeit im Interesse der Werktätigen zu lösen, während in den Ländern des Kapitals die Rechtsunsicherheit ständig wächst. Durch die offensive Gegenüberstellung gelingt es am besten, das imperialistische Herrschaftssystem und dessen Rechtsprechung zu entlarven.

Der Aufruf zum 30. Jahrestag der DDR fordert uns dazu